

# Der Christ in atheistischer Umwelt

WALTER ADOLPH

Der antireligiöse Druck auf die Gläubigen in der Sowjetisch besetzten Zone hat sich innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre erheblich verstärkt. Mit der harten Religionspolitik verfolgt das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei zwei Tendenzen: die ideologische und die anthropologische.

Werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf Start und Ziel der gegenwärtigen ideologischen Offensive. Im November 1957 zogen die Vertreter der kommunistischen Parteien in Moskau die Bilanz über den „polnischen Oktober“ und den ungarischen Volksaufstand. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß die Religiosität breiter Schichten in beiden Völkern eine ernst zu nehmende Gefahr für die kommunistische Herrschaftsform darstellt. Die Folgerungen legten sich für die kommunistischen Führer von selbst nahe: einmal den Kampf gegen die Religionen zu verstärken und andererseits die sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie zu Ende zu führen. Diese Grundziele mußten gemäß kommunistischer Tradition die kommunistischen Führer in den einzelnen Ländern den konkreten Umständen anpassen.

Auf der 34. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Mitte November 1957 gab dann Walter Ulbricht den Startschuß zur ideologischen Revolution innerhalb der Sowjetisch besetzten Zone. Es wurde die Kampfparole ausgegeben: „Die Kirche ist der letzte organisierte Feind in der DDR.“ Wie nie zuvor versuchte jetzt das Zentralkomitee, für alle Lebensbereiche den dialektischen Materialismus als verbindliche Lebensnorm durchzusetzen.

Gleichzeitig mit der ideologischen Offensive versuchte das Zentralkomitee, eine kommunistische Anthropologie in Theorie und Praxis zu entwickeln. In Büchern, Broschüren und ungezählten Artikeln der Parteipresse wurde die Lehre vom „neuen Menschen“, vom „sozialistischen Menschen“, von der „neuen Moral“, vom „neuen Leben“ usw. verkündet. Damit ging parallel das Bemühen, im Alltag des sozialistischen Lebens den neuen Menschen zu bilden.

Bittere Erfahrungen stellten die Kommunisten vor die Notwendigkeit, die bisher stark vernachlässigte Anthropologie nach ihrem Parteimodell zu beleben. Wohl war es ihnen gelungen, die politische Macht in den Volksdemokratien bei dem jeweiligen Zentralkomitee zu konzentrieren. Auch die öko-

nomischen Verhältnisse waren weithin nach kommunistischem Muster umgewandelt worden. Aber die Menschen, abgesehen von der Minderheit überzeugter Parteianhänger, standen dem Kommunismus fremd oder sogar ablehnend gegenüber. Sie empfanden ihn als fremdartige, aufgezwungene Lebensform.

Weithin sichtbare Stationen auf dem Weg, die ideologische und anthropologische Revolution in der Sowjetisch besetzten Zone durchzusetzen, bildeten die Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. Otto Grotewohl, am 23. März 1959, in der er die Deutsche Demokratische Republik als atheistischen Weltanschauungsstaat proklamierte, und die Verabschiedung des sozialistischen Schulgesetzes am 2. Dezember 1959.

Natürlich drangen die religionsfeindlichen Tendenzen des Zentralkomitees auch in das alltägliche Leben der Christen. Die Partei entwickelte eine Art Ersatzriten: die sozialistische Namensgebung, die sozialistische Jugendweihe, die sozialistische Trauung, die sozialistische Beerdigung. Antireligiöse und antikirchliche Literatur erschien in erdrückender Fülle. Auch im Berufsleben zeigte sich der weltanschauliche Druck, indem man in steigendem Maß die sogenannte Qualifikation des Arbeiters mit dem Bekenntnis zum sozialistischen Materialismus verband. Einen erfolgversprechenden weltanschaulichen Anknüpfungspunkt im Betrieb sahen die Kommunisten in den Verpflichtungen, die die Mitglieder einer sozialistischen Brigade zu unterschreiben hatten.

Dieser kurze Überblick, der mehr die allgemeine Atmosphäre schildern als eine eingehende Analyse der einzelnen Tendenzen bieten kann, dürfte hinreichend verständlich machen, in welcher namenlosen seelischen Not die Gläubigen in der Sowjetisch besetzten Zone geraten waren. Die Bischöfe und Bischöflichen Kommissare der „DDR“ hatten durch wiederholte Schritte bei der Regierung versucht, der Not zu steuern. Aber ihren Eingaben und Protesten blieb der Erfolg versagt. Die Not der Gläubigen dauerte fort.

In dieser Stunde richteten die Bischöfe und Bischöflichen Kommissare der „DDR“ den Fastenhirtenbrief vom 21. Februar 1960 mit dem Titel „Christ in atheistischer Umwelt“ an alle Gemeinden. Eingangs führen sie die Fragen an, die hauptsächlich das Gewissen der Gläubigen quälen. Um die Härte des Gewissensdrucks zu ahnen, dürfte es genügen, nur die folgenden zwei Fragen anzuführen:

„Könnt Ihr einen Beruf wählen, in dem Ihr nach den vorliegenden Erfahrungen nicht als Christen leben könnt?“

„Dürft Ihr Euch dazu hergeben, gegen andere Spitzeldienste zu leisten?“

Im zweiten Teil „Die Bewährung des Christen“ geben sie in sechs Grundsätzen eine Art Vademecum für den Christen auf seinem harten Weg durch die atheistische Umwelt. Der letzte Teil „Sendung des Christen“ beantwortet die eingangs gestellten Fragen: „Hat der Christ überhaupt noch eine Möglichkeit, in dieser Umwelt als Christ zu wirken? Findet er eine Aufgabe, die sein Leben innerlich erfüllt?“

„Aus der Not, in die Ihr gestellt seid, wird Euch — so hoffen wir zu Gott — eine beglückende Aufgabe erwachsen“, schreiben die Bischöfe im letzten Teil des Hirtenbriefes. Die Zwischentitel lassen deutlich werden, wo die Bischöfe die Aufgabe der Christen sehen:

„Stellt Eure Sache auf den Herrn!“

„Stärkt die Familie!“

„Tut Gutes allen!“

„Heiligt Eure Arbeit!“

Der Fastenhirtenbrief 1960 wird als menschliches und religiöses Dokument in die Geschichte der Kirche Mitteldeutschlands eingehen. In klarer Sprache zeigt er die bittere geistige und geistliche Not unserer Mitmenschen unter der Diktatur des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei auf. Wir dürfen uns aber mit dieser Feststellung nicht begnügen. Diese Not muß unsere Gewissen aufrütteln und uns verpflichten, ihr in dem Maß des uns Möglichen abzuhelpfen.

## Der demokratische Mythos

RAIMUNDO PANIKKAR

Wahrscheinlich erkennt man hier in Indien besser als irgendwo sonst in der Welt die unleugbaren Vorteile und zur gleichen Zeit die unbestreitbaren Mängel dieses allgemeinen und intoleranten „Dogmas“ der heutigen Gesellschaftsordnung: die Demokratie.

Die Demokratie entstand im Westen als eine praktische und großenteils auch gesunde, natürlich gewachsene Kraft. Sie war ein Gegenstoß gegen eine unzeitgemäße, dem Untergang geweihte paternalistische Regierungsform und Staatsgewalt. Ein Gegenstoß auch gegen die in ihr verankerte und aus ihr entwickelte soziale Gesellschaftsordnung, deren klassenmäßige, ja fast kastenmäßig aufgebauten Organe und Organismen ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen waren. Die soziale Oberschicht, einst für hohe und höchste Dienste geschaffen und aus der organischen Entwicklung des Zusammenlebens hervorgegangen, hatte sich überlebt. Privilegien wollen ermöglichen, daß einzelne oder Gruppen von Geeigneten ungehindert und optimal ihren Pflichten nachkommen können. Wenn aber die Nutznießer solcher Vorrechte diese nur als Mittel zu persönlichen Vorteilen betrachten, dann hat die Institution als solche ihren Sinn verloren. Sobald die Spitze oder die höheren Organe einer hierarchisch abgestuften Gesellschaft den Dienst an der Gemeinschaft nicht mehr als Daseinszweck anerkennen, sondern ihn egoistisch ausnutzen, zerbrechen die Kastenschranken und Sonderstellungen von innen heraus. Sie haben ihren Sinn verloren.